

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Keine Pflegekammer in Berlin – keine Spielwiese für Pflegefunktionäre

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Gründung einer Pflegekammer in Berlin politisch nicht weiter zu verfolgen und damit den in der Pflege Beschäftigten eine klare Antwort auf die Befürchtungen zu geben, dass ihnen eine Zwangsverkammerung droht.

Begründung:

Mittlerweile haben sich über 200 Petenten an den Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses mit der Bitte gewandt, keine Pflegekammer in Berlin zu errichten.

Darüber hinaus wurde dem Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit und Soziales anlässlich einer Anhörung zur Einrichtung einer solchen Kammer eine von 409 Altenpflegeschülerinnen und -schülern unterschriebene Resolution übergeben, die das gleiche Ziel verfolgt.

Des Weiteren sind bisher mehr als 90 Briefe bei dem Ausschussvorsitzenden eingegangen, die auffordern, der Errichtung einer Kammer eine klare Absage zu erteilen.

Die von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales behauptete Akzeptanz unter den Beschäftigten für eine Pflegekammer in Berlin wird dadurch nicht nur relativiert, sondern grundsätzlich in Frage gestellt.

Die von der Senatsverwaltung in Auftrag gegebenen beiden Studien der Alice Salomon-Hochschule zur Frage der Akzeptanz zur Einrichtung einer Pflegekammer unter den Beschäftigten belegen bei kritischer Lesart die Vorbehalte der Betroffenen.

Bis heute wird den potentiellen Mitgliedern einer Pflegekammer in Berlin die zu erwartende Beitragshöhe nicht genannt, obwohl gerade die Beitragsfrage eine wesentliche Bedeutung für die vermeintliche Zustimmung der Befragten hatte.

Mit der Höhe der real zu erwartenden Beitragssummen sinkt die Zustimmung auch bei den Befürwortern rapide.

Die Pflegekammer löst keine Probleme. Sie spaltet zudem die in der Pflege Beschäftigten, indem sie einen großen Teil der in der Pflege Tätigen ausgrenzt.

Mehr gesellschaftliche Anerkennung für die Pflege drückt sich in besserer Bezahlung, in ausreichender Personalausstattung und in familienfreundlichen Arbeitszeiten aus.

Hierzu bedarf es konkreten politischen Handelns, dafür braucht es keine bürokratische und von den Beschäftigten zu finanzierende Spielwiese für Pflegefunktionäre.

Berlin, den 26. November 2015

U. Wolf Dr. Albers
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke